

13.12.2016

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)“ Drs. 16/12500

Haushalts- und Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen – solide, nachhaltig und zukunfts-gerecht

I. Ausgangslage

1. Zukunftsinvestitionen und Abbau der Neuverschuldung seit 2010

SPD und GRÜNEN ist mit dem Haushalt 2017 wieder der schwierige Balanceakt zwischen Haushaltskonsolidierung und dem Investieren in wichtige Zukunftsbereiche gelungen. Rot-Grün in NRW steht für ein soziales und gerechtes Miteinander, für bessere Bildung, den Ausbau von Klimaschutz und ökologischen Reformen, die Sanierung der Infrastruktur, Zukunftsorientierung, eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie für ein solides Haushalten und nachhaltiges Wirtschaften.

Mit einem Ausgabenvolumen von mehr als 72 Milliarden Euro ist der nordrhein-westfälische Haushalt in Deutschland der Zweitgrößte nach dem Bundeshaushalt. Nichtsdestotrotz weist NRW die zweitniedrigsten Ausgaben pro Kopf unter allen Bundesländern auf. Mit dem Haushalt 2017 hat die Landesregierung erneut einen Entwurf vorgelegt, welcher eine sinkende Neuverschuldung vorsieht. Seit der Regierungsübernahme im Jahr 2010 ist die Nettoneuverschuldung kontinuierlich gesunken, von 6,58 Milliarden Euro in 2010 auf nun geplante 1,62 Milliarden Euro in 2017. Dies sind mehr als 75 Prozent. Während von jedem ausgegebenen Euro 2010 noch über 9 Cent geliehen waren, sind es 2017 noch 2,5 Cent.

Spätestens im Jahr 2020 wird NRW keine neuen Schulden machen. Dazu trug bei, dass der Haushalt strukturell entlastet wurde, u.a. durch die Absenkung der Personalkosten, die Umstellung von Förderprogrammen auf Darlehen und den Abbau von Stellen z.B. durch die Zusammenlegung der Oberfinanzdirektionen

Datum des Originals: 13.12.2016/Ausgegeben: 14.12.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Personalabbau ist dabei kein Allheilmittel zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Insbesondere ein pauschaler personeller Kahlschlag, etwa eine durchgehende Stellenkürzungen von 10 Prozent, wie es von der Opposition vorgeschlagen wurde, hat massive negative Auswirkungen für Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand und das Handwerk, auf Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen. Er beeinträchtigt Bildungschancen durch den Abbau von Lehrkräften, schadet der Sicherheit durch weniger Polizistinnen und Polizisten, verlangsamt Straßensanierungen, Wohnungsbau und wirtschaftliche Entwicklungen durch fehlende Planungen und lange Genehmigungsverfahren und er vermindert Einnahmen durch weniger Betriebsprüfungen. Deshalb müssen beim Stellenabbau Folgewirkungen geprüft und wo notwendig auch neue Stellen geschaffen werden.

Sparen um des Sparens Willen ist nicht der richtige Weg. Rot-Grün investiert unter anderem in eine zeitgemäße Infrastruktur für Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Programm „Gute Schule 2020“ stellen wir zusammen mit der NRW.Bank in den nächsten vier Jahren 2 Milliarden Euro für die Schulinfrastruktur der Kommunen zur Verfügung. Dies stärkt auch das Handwerk und den Mittelstand, aber vor allem Schülerinnen, Schüler und ihre Schulen.

Seit 2010

- haben wir die U3-Plätze mehr als verdoppelt und etwa 100.000 neue Kitaplätze geschaffen. Das lassen wir uns auch Einiges kosten. Es fließen 40 Prozent des Landeshaushaltes in die Bereiche Schule, Kinder und Jugend, was einem Anstieg von 38 Prozent entspricht. So wurden die Mittel für Kinder verdoppelt, um die Angebote auszuweiten und die Bildungsqualität zu steigern.
- stieg der Schuletat um 25 Prozent und es wurden nahezu 7000 neue Lehrstellen geschaffen, um die Bildungsqualität an Schulen weiter zu verbessern.
- erhielten die Hochschulen, trotz der Abschaffung der Studiengebühren, 40 Prozent zusätzliche Mittel, um die Situation der Studentinnen und Studenten zu verbessern und Forschung und Innovation zu stärken.
- flossen 44,5 Millionen Euro zusätzlich in der Erhalt der Landesstraßen, um dringend notwendige Sanierungen vorzunehmen.
- wurden die Polizeistellen von 39 000 Stellen auf 41 000 Stellen erhöht und so ein Rekordniveau erreicht. Gleichzeitig wurden in NRW noch nie so viele Polizeibeamtinnen und -beamte ausgebildet wie 2017. Dies ist ein entscheidender Beitrag für mehr Sicherheit.
- wurden die Zuweisungen an die Kommunen von 14,8 auf 25,1 Milliarden Euro erhöht. Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist mit 10,6 Milliarden € auf Rekordniveau. Zudem flossen zusätzliche Mittel durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen. Damit wurde die Handlungsfähigkeit der Kommunen deutlich gestärkt und die Zahl der Kommunen unter Nothaushaltsrecht sank von mehr als 140 im Jahr 2011 auf 9 in 2016. Etwa jeder dritte Euro des Landeshaushaltes kommt den Kommunen zu Gute.

Mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten muss eine erhebliche zusätzliche Herausforderung bewältigt werden, der sich das Land u.a. durch die Umsetzung eines bundesweit ersten Integrationsplans stellt. Für die Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten sind im Haushalt 2017 insgesamt 4,2 Milliarden Euro vorgesehen, 2,3 Milliarden Euro davon fließen direkt an die Kommunen. Der Bund beteiligt sich 2017 an diesen Kosten mit 20 Prozent und liegt damit weit unter der von den Ländern geforderten hälftigen Beteiligung. Bei Einhaltung der Länderforderung müsste NRW keine neuen Schulden machen.

Diese Zukunftsinvestitionen verbessern Bildungschancen, fördern soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt und schaffen Arbeitsplätze. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist von 2010 bis 2015 um mehr als 540.000 gestiegen. Das ist ein Erfolg rot-grüner Finanzpolitik!

2. Konsequenter Einsatz für mehr Steuergerechtigkeit

Die stringente Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerumgehung ist zentraler Bestandteil der Finanzpolitik der Landesregierung. Dies führt zu höheren Einnahmen für das Land und zu mehr Steuergerechtigkeit. Gerade höhere Einkommen und Vermögen wird es so erschwert sich bei der Finanzierung wichtiger Aufgaben zu entziehen. Damit tragen starke Schulter mehr Lasten als schwache Schultern. Seit 2010 hat NRW 11 Steuer-CDs angekauft, woraufhin die Zahl der Selbstanzeigen rapide auf 23.000 gestiegen ist. Im Jahr 2015 konnten durch dieses Vorgehen 150 Millionen Euro mehr eingenommen werden.

Durch die Stärkung die Modernisierung der Finanzverwaltung, die Stärkung der Steuerfahndung, den Ausbau der Betriebsprüfungen und die Steigerung der Ausbildungszahlen um rund 58 Prozent seit 2010 wird dieser Weg konsequent fortgesetzt. Im Haushalt 2017 geschieht dies durch zusätzliche Stellen für die Finanzverwaltung und zur Bekämpfung von Geldwäsche.

3. Schwerpunktsetzung für ein zukunftsfestes NRW

Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Haushalt 2017 in Höhe von 110 Millionen Euro setzen klare Schwerpunkte für NRW ohne die Neuverschuldung zu erhöhen:

Sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sorgen für mehr Bildungschancen, bekämpfen die Langzeitarbeitslosigkeit, stärken Innovationen und Klimaschutz und investieren in die Verkehrsinfrastruktur.

So werden

- die Sozialarbeit an Schulen bis zunächst 2018 abgesichert, für den Fall, dass der Bund seiner Verantwortung hier nicht gerecht wird,
- die Mittel für Jugendarbeit um mehr als 10 Millionen Euro erhöht,
- 13 Millionen Euro in 2017 und 30 Millionen Euro in 2018 bereitgestellt um die Langzeitarbeitslosigkeit im Rahmen einen sozialen Arbeitsmarktes zu bekämpfen,
- der offene Ganzttag an Schulen wird mit 6,2 Millionen Euro zusätzlich gefördert,
- zur Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, z. B. durch einen verstärkten Wissenschaftstransfer, 7,9 Millionen Euro zusätzlich bereit gestellt,
- die Mittel für Sanierung von Landesstrassen um 10 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig zusätzlich 2 Millionen in den Ausbau von Radschnellwegen und Maßnahmen des Nahverkehrs investiert und
- mit zusätzlichen Mitteln zur Kulturförderung, für ehrenamtliche Betreuungsvereine, für Kinderfeuerwehren, für den Integrationsbereich und Eine-Welt politik das ehrenamtliche Engagement in NRW gestärkt und so der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Das Land setzt die Absenkung der Neuverschuldung seit 2010 kontinuierlich fort und wird spätestens 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen.
- Der Landtag bekennt sich zur Einhaltung der Schuldenbremse.
- Der Haushalt stärkt den Zusammenhalt des Landes, bildet die vorsorgende Politik dieser Landesregierung ab und investiert in die Zukunft.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Den haushaltspolitischen Dreiklang aus Investieren in die Zukunft, Sparen ohne notwendige Strukturen zu zerschlagen und Erhöhung der Einnahmen, insbesondere durch den Kampf gegen Steuermisbrauch, fortzusetzen.

Norbert Römer
Marc Herter
Stefan Zimkeit

und Fraktionen

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Martin-Sebastian Abel

und Fraktion